

Dr. Andreas Schockenhoff

für Ravensburg–Bodensee im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 7 • 24. April 2009

Thema der Woche

SPD spaltet die Gesellschaft

Die Woche im Bundestag nach dem Beschluss des SPD-Wahlprogramms

Diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages steht noch ganz unter dem Eindruck des an diesem Sonntag von der SPD beschlossenen Programms für die Bundestagswahl im September. Mit diesem Programm zeigt die SPD, dass sie nichts übrig hat für Arbeitnehmer und Mittelstand. Sie offenbart sich einmal mehr als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Statt die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen zu entlasten, setzt die SPD auf eine Spaltung der Gesellschaft. Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Für die einen soll die Steuer erhöht werden, andere brauchen noch nicht einmal eine Steuererklärung abzugeben. Und die mittleren Einkommensschichten gehen nach dem SPD-Modell ganz leer aus. Die Idee einer 300-Euro-Steuererklärung bringt keine Entlastung für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine Steuererklärung abgibt, weil er als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen oder als Ehrenamtlicher von der Übungsleiterpauschale profitieren möchte, hat vom Steuerbonus nichts. Ihm bietet das SPD-Wahlprogramm keine Entlastungsperspektive. Zudem führt der Steuerbonus zu keiner Vereinfachung des Steuerrechts, sondern sorgt im Gegenteil für neue bürokratische Belastungen. Statt insbesondere der viel zahlenden Mitte mehr Freiraum zur Entfaltung zu geben, fällt die SPD in alte Klassenkampfparolen zurück. Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen, belastet aber gerade mittelständische Betriebe überproportional stark. Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Bewältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird damit von der SPD missbraucht, um sich als beson-

ders sozial darzustellen. Dass der Mittelstand als wichtigster Arbeitgeber in Deutschland gerade in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten der größte Unterstützer der Arbeitnehmer mit geringen und normalen Einkommen ist, passt den Sozialdemokraten nicht ins Konzept. Hier wird der Unterschied zur Union sehr deutlich. Wir wollen die leistungsfeindlichen Wirkungen der kalten Progression zurücknehmen und gerade die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Das am Sonntag beschlossene Programm der SPD offenbart die gesamte Erschöpfung und Konzeptlosigkeit der Sozialdemokraten nach elf Jahren Regierungsbeteiligung. Es ist zugleich ein Dokument ihrer Zerrissenheit und Unsicherheit: Noch vor wenigen Monaten hatte die SPD jegliche Steuersenkung als angeblich unsinnig und wirkungslos abgelehnt, nun erklärt sie Steuersenkungen für Wenige zum zentralen Bestandteil ihres Wahlprogramms, ohne seriöse Wirtschaftsprognosen und dann die Steuerschätzung im Mai dieses Jahres abzuwarten. Während des gesamten letzten Jahres hat sich die SPD gegen die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Anhebung der Kinderfreibeträge gewehrt, nun fordert sie gar die erneute Anhebung um weitere 200 Euro. Auch in anderen Bereichen vollziehen die Sozialdemokraten eine Kehrtwende: Die in der Großen Koalition beschlossene und von Verkehrsminister Tiefensee verantwortete Privatisierung der Deutschen Bahn wird im Wahlprogramm abgelehnt. Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich die SPD deutlich gegen die Ergebnisse ihrer eigenen elf-jährigen Regierungsbeteiligung. Das Programm ist der Sieg der SPD-Linken. Für CDU und CSU ist klar: Wir werden alles dafür tun, um die Umsetzung des mittelstandsfeindlichen SPD-Wahlprogramms zu verhindern und mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit kämpfen.

Aus Plenum und Lobby

Berufsbildungsbericht 2009

An diesem Donnerstag stellte uns die Bundesregierung den Berufsbildungsbericht 2009 vor. Dieser gibt Auskunft über die Ausbildungslage in Deutschland. 2008 wurden rund 616.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen (minus 9.000 gegenüber 2007), 19.000 Plätze blieben unbesetzt (plus 1.000 gegenüber 2007) und 14.000 Bewerber blieben unversorgt (minus 18.000 gegenüber 2007). Für das laufende Jahr erfolgt eine Prognose der zu erwartenden Ausbildungsplatzsuchenden und des voraussichtlichen Angebots. Die Ausbildungssituation wird sich trotz der Konjunkturkrise voraussichtlich im Jahre 2009 gegenüber 2008 nicht wesentlich verschlechtern, da sich deutlich weniger Bewerber um eine Lehrstelle bemühen werden.

Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind im häuslichen Bereich und auch außerhalb einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt, Körperverletzung oder Missbrauch, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung zu werden. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern“ fordern wir die Bundesregierung auf, die geplante Untersuchung zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen schnellstmöglich in Auftrag zu geben und einen Zwischenbericht vorzulegen.

Bericht des Wehrbeauftragten

Im seinem in dieser Woche vorgestellten Jahresbericht 2008 macht der Wehrbeauftragte Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Ausrüstung, Ausbildung, Einsatzfähigkeit und Innerer Führung. Der Bericht befasst sich diesmal im Schwerpunkt mit der Ausstattung der Truppe und dem Sanitätsdienst. Der Wehrbeauftragte weist anlässlich des 60. Geburtstags der Bundesrepublik darauf hin, dass diese längste Friedensperiode in der deutschen Geschichte auch deshalb möglich war, weil die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr diese Demokratie gesichert haben.

Ausweitung des Kinderschutzes

Mit dem in dieser Woche in erster Lesung debattierten Kinderschutzgesetz wird der Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder vom 12. Juni 2008 umgesetzt, neue gesetzliche Regelungen für einen wirksameren Kinderschutz zu schaffen. Die mit Kindern und Jugendlichen befassten Berufsgruppen können zukünftig auf eindeutiger Rechtsgrundlage bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung Informationen an das Jugendamt übermitteln. Zudem werden die bundesrechtlichen Vorschriften zum Kinderschutz im Sozialgesetzbuch weiterentwickelt. Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung des Jugendamts, bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung das gefährdete Kind und in der Regel auch dessen persönliches Umfeld in Augenschein zu nehmen, um sich einen unmittelbaren Eindruck von Kind und Eltern zu verschaffen.

Sicherheitsunternehmen kontrollieren

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erleben nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen einen Aufschwung. Bisher gibt es jedoch keine völkerrechtlichen oder anderen internationalen Regelungen zum Umgang mit solchen Unternehmen. Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD „Nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen kontrollieren“ fordern wir die Bundesregierung auf, sich national und international um eine grundsätzliche Regelung der Tätigkeit solcher Unternehmen zu bemühen.

Zitat

»Ich glaube, das war eine ganz klare Absage, zumindest an eine gemeinsame Regierung mit den Freien Demokraten. Denn was hier den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt worden ist, ist ja steuerpolitischer Giftmüll, in Geschenkpapier verpackt (...).«

(FDP-Generalsekretär Dirk Niebel am Montag im Fernsehsender n-tv zu dem am Wochenende beschlossenen SPD-Wahlprogramm.)

Terminvorschau

24.04.2009

Bezirksvorstandssitzung der CDU Württemberg-Hohenzollern

25.04.2009 , 10.00 Uhr

Vertretertag Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Bezirksverband Südbaden-Südwestfalen, Kloster Hegne, Allensbach-Hegne am Bodensee

25.04.2009 , 12.00 Uhr

Tag der offenen Tür, Gewerbegebiet Gaisbeuren

26.04.2009 , 10.00 Uhr

Grußworte beim JU Bezirkstag Württemberg-Hohenzollern in Tübingen

04.05.2009 , 9.00 Uhr

CDU Baden-Württemberg Präsidiumssitzung in Stuttgart

04.05.2009 , 10.30 Uhr

CDU Baden-Württemberg Landesvorstandssitzung in Stuttgart

04.05.2009

Besuch der Bodenseeschule St. Marting beim Deutschen Bundestag

04.05.2009 - 07.05.2009

Sitzungswoche in Berlin

06.05.2009

Besuch des KBZO Weingarten beim Deutschen Bundestag

06.05.2009

Besuch des Gymnasium Überlingen beim Deutschen Bundestag

11.05.2009 - 15.05.2009

Sitzungswoche in Berlin

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee

Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

www.schockenhoff.de

andreas.schockenhoff@bundestag.de